Krakauer Zeitung.

Nr. 72. | Mittwoch den 29. März | 1865.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-Preis für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nr. **Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.**

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierspaltige Petitzeile 5 Nkr., im Anzeigeblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt **Carl Budweiser.** — Zusendungen werden franco erbeten.

Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. April d. J. beginnende neue Quartal der

„Krakauer Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1865 beträgt für Krakau 3 fl., für auswärts mit Inbegriff der Postzusendung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Krakau mit 1 fl., für auswärts mit 1 fl. 35 Nkr. berechnet.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 14. März d. J. an dem griechisch-katholischen Metropolitancapitel zu Lemberg den Domcustos Michael Kuziemski zum Domdechant, den Domscholasticus Johann Lotocki zum Domcustos, den Domherrn Nicetas Izak zum Domscholasticus, und den Pfarrer zu Podberecze Johann Zukowski zum Domherrn; ferner den Pfarrer ad SS. Parascevas und Dechant zu Lemberg Consistorialrath Jakob Szwedzicki, den Stadtpfarrer zu Lemberg Consistorialrath Theophil Pawlikow, endlich den Pfarrer zu Kolomyja Lukas Dankiewicz zu Ehrendomherren allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 16. März d. J. dem Kaufmann Eugen Cunradi in Fiume die Bewilligung zur Annahme des ihm verliehenen Postens eines königlich baierischen Consuls in jener Stadt und dem bezüglichen Bestallungsdiplome das Allerhöchste Exequatur allergnädigst zu ertheilen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 13. Februar d. J. die Umwandlung der Consularagentie in Dunkerque in ein Honorarconsulat zu genehmigen und den provisorischen Consularagenten Numa Plaideau zum unbesoldeten Consul daselbst mit dem Rechte zum Bezuge der tarifmäßigen Consulargebühren allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 18. März d. J. den Hofconcipisten bei der königlich croatisch-slavonischen Hofkanzlei Johann Jurković zum zweiten Schulinspector für Croatien und Slavonien allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterzeichnetem Diplome den Sectionsrath im Staatsministerium Moriz Löhr, als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Classe, den Ordensstatuten gemäß in den Ritterstand des österreichischen Kaiserstaates allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 25. März d. J. dem Domprobste am Prager Metropolitancapitel Dr. Nicolaus Tomek anläßlich seines fünfzigjährigen Priesterjubiläums, in Anerkennung seines vieljährigen verdienstlichen Wirkens, den Orden der eisernen Krone zweiter Classe taxfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 15. März d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß der k. k. wirkliche geheime Rath und Gesandte Maximilian Freiherr v. Handel das Großkreuz des Ordens der königlich württemberg'schen Krone; der k. k. Legationssecretär Joachim Freiherr v. Münch-Bellinghausen das Ritterkreuz dieses Ordens; der k. k. Legationsrath Bohuslav Graf Chotek das Comthurkreuz erster Classe mit dem Sterne des königlich sächsischen Albrecht-Ordens; der k. k. Legationsrath Otto Freiherr v. Mayer-Gravenegg das Ritterkreuz des königlich schwedischen Nordstern-Ordens; endlich der k. k. Legationssecretär Raphael Freiherr v. Hübner das Ritterkreuz des päpstlichen St. Gregor-Ordens und das Ritterkreuz des königlich sicilianischen Ordens Franz I. annehmen und tragen dürfen.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 22. März d. J. dem Kerkermeister des Kreisgerichtes in Ungarisch-Hradisch Augustin Sonntag aus Anlaß seiner Versetzung in den wohlverdienten bleibenden Ruhestand in Anerkennung seiner vieljährigen treuen und ersprießlichen Dienstleistung das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 5. März d. J. dem Stromaufseher Martin Gusbeth in Anerkennung der mit Umsicht, seltenem Muthe und eigener Lebensgefahr vollbrachten Rettung mehrerer Menschen vom Tode des Ertrinkens das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Das Finanzministerium hat den Lottoamtsverwalter und Cassier zu Linz Joseph Fritsch zum Lottoamtsverwalter und Cassier in Lemberg ernannt und den Lottoamtsverwalter und Cassier zu Innsbruck Friedrich Keil auf sein Ansuchen in gleicher Eigenschaft nach Linz übersetzt.

Das Justizministerium hat die Staatsanwaltsstelle bei dem Landesgerichte in Zara mit dem Range und Charakter eines Landesgerichtsrathes dem Staatsanwalt in Ragusa Angelo Albori und die dadurch in Erledigung kommende Staatsanwaltsstelle bei dem Kreisgerichte in Ragusa mit dem Range und Charakter eines Kreisgerichtsrathes dem Staatsanwaltssubstituten in Spalato Richard Fabbrovich verliehen.

Der Marineminister hat den disponiblen Seeinspector Ludwig Blasich zum Centralhafen- und Seesanitätscapitän in Triest ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 29. März.

Das „Dresd. Journ.“ enthält in einem Telegramm aus Frankfurt a. M. Folgendes über die außerordentliche Bundestagssitzung vom 27. d.: Baiern und Sachsen stellten, indem sie hervorhoben, daß Oesterreich und Preußen im Verein mit dem Bunde den Erbprinzen von Augustenburg auf der Londoner Conferenz als den bestberechtigten proclamirt hätten, daß die unzertrennliche Verbindung von Holstein mit Schleswig keiner Anfechtung mehr unterliegen könne und daß den Mitprätendenten das Beschreiten des Austrägal-Verfahrens offen stehe, folgenden Antrag: „Die Bundesversammlung wolle vorbehaltlich einer weiteren Beschlußfassung die vertrauensvolle Erwartung aussprechen, es werde Oesterreich und Preußen gefallen, dem Erbprinzen von Augustenburg das Herzogthum Holstein zur eigenen Verwaltung zu übergeben, bezüglich der wegen Lauenburgs unter ihnen getroffenen Vereinbarungen aber der Bundesversammlung Eröffnung zugehen lassen. Auf den Antrag des Präsidiums beschloß die Versammlung mit 9 gegen 6 Stimmen, die Abstimmung in der nächsten ordentlichen Sitzung, am 6. April, vorzunehmen. Luxemburg enthielt sich der Abstimmung. Preußen verlangte Verweisung an einen Ausschuß und erklärte: es bedauere die in dem eben gefaßten Beschluß enthaltene Ueberstürzung, wie den Mangel an Rücksicht für die Ansprüche anderer Bundesfürsten, namentlich Oldenburgs und Preußens. Letztere, auf den Friedensvertrag und ältere Rechtstitel gegründet, würden alsbald zur Geltung gebracht werden.“ Das Präsidium legte Namens der Versammlung Protest gegen den Vorwurf einer Ueberstürzung ein.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt mit Bezug auf die obige Verhandlung: Man erwarte, Preußen werde dem Versuch, die Erbfolgefrage durch einen Act bundesrechtlicher Cabinetsjustiz zu erledigen, mit entschiedener Geltendmachung seiner eigenen Rechte und derjenigen des Königshauses entgegentreten. Insofern, meint dieselbe, könnten die Verhandlungen der nächsten Tage eine Aenderung in die bisherige politische Stimmung bringen.

Der Nachricht, daß das Wiener Cabinet seinen Commissar in den Herzogthümern angewiesen habe, gegen die Einreihung von Schleswig-Holsteinern als Freiwillige in die preußische Armee Einspruch zu erheben, wird in einer Berliner Corr. der „Köln. Ztg.“ widersprochen und versichert, es sei nur von Seiten Oesterreichs eine desfallsige Anfrage in Berlin erfolgt, worauf die Antwort gelautet habe, daß eine solche Maßregel den Rechten Oesterreichs nicht zu nahe trete, und daß dem letzteren ja freistehe, ein Gleiches zu thun. Wir halten diese Mittheilung der „K. Z.“ für nicht ganz begründet. In Berlin ist von Wien aus, wie es scheint, noch kein Schritt deshalb gethan worden. Von Wien ist blos eine officielle Anfrage an Herrn v. Halbhuber ergangen und nach der „N. Fr. Pr.“ auch schon eine telegraphische Antwort desselben erfolgt, dahin gehend, daß bis jetzt den Commissären der Fall noch gar nicht vorliege, daß ein Angehöriger der Herzogthümer die Erlaubniß verlange, in die preußischen oder österreichischen Kriegsdienste einzutreten. Selbstverständlich hätten, wenn ein solcher Fall eintreten würde, beide Commissäre gemeinschaftlich zu entscheiden. Der preußische Commissär, Herr v. Zedlitz, denke ganz so. Uebrigens werde dabei zunächst in Betracht kommen, daß die bestehende Gesetzgebung in den Herzogthümern den Eintritt Staatsangehöriger in fremde Kriegsdienste sehr erschwere.

Aus Wien schreibt man der „K. Z.“: Die Regierung, welche in Wien die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage durch Theilung des Condominiums zwischen Preußen und Oesterreich beantragte, ist die hannoversche.

Daß seit einigen Tagen wieder von der oldenburgischen Candidatur die Rede ist, scheint der Refler gewisser über Vorgänge am russischen Hofe verbreiteter Gerüchte zu sein. Es heißt nämlich, wie der Wiener Brief-Corr. der „Schl. Ztg.“ schreibt, daß man sich in St. Petersburg in Folge des incurablen Gesundheitszustandes des Thronfolgers nicht blos mit der Erbfolgefrage beschäftigte, sondern daß auch die Heirath des letzteren mit der dänischen Prinzessin fraglich geworden sei. Das würde allerdings in der Stellung Rußlands zu der Herzogthümerfrage manches ändern. Der frühere russische Geschäftsträger am Wiener Hofe, Baron Knorring, ist mit wichtigen Depeschen aus St. Petersburg in Wien eingetroffen, welche man mit den berührten Vorgängen in Zusammenhang bringt.

Ein Correspondent „von der Eider“ im „Hamburger Correspondenten“ meldet: „Graf Mensdorff habe Preußen gegenüber den Großherzog von Oldenburg jetzt dergestalt als den Candidaten des österreichischen Cabinets in den Vordergrund gestellt, daß wenn durch die Einsetzung dieser auch Preußen genehmeren Persönlichkeit der rasche Abschluß der Sache gefördert werden könne, die österreichische Regierung hierin die auch dem Interesse der Herzogthümer günstigste, so wie leichteste und nächste Lösung erblicken würde.“ Graf Mensdorff hat, schreibt ein Wiener Corr. der „Frankf. Postztg.“, keine solche Erklärung abgegeben. Ich kann dies verbürgen. Preußischerseits taucht allerdings plötzlich wieder Vorliebe für die oldenburgische Candidatur auf. Natürlich! Aber eben so natürlich ist, daß Oesterreich den Standpunct, den es mit der Londoner Erklärung vom 8. Juli 1864 eingenommen, nicht geändert hat.

Wie erwähnt, befindet sich eine dänische Note in Bezug auf die schleswig-holstein'sche Interimsflagge schon seit mehreren Tagen in Wien. Dänemark nimmt keinen Anstand, diese Flagge anzuerkennen, und ihr, die Gegenseitigkeit vorausgesetzt, die Rechte der meistbegünstigten Nationen einzuräumen. Schweden hat officiell noch nicht geantwortet, die Gesandten Oesterreichs und Preußens in Stockholm haben aber bereits die vorläufige mündliche Erklärung entgegengenommen, daß die Anerkennung der Flagge keinem Bedenken unterliege, und daß man ihr auch die der dänischen Flagge zugestandenen Begünstigungen nicht entziehen werde, sobald umgekehrt die schwedische Flagge in den Herzogthümern derjenigen Vortheile theilhaftig bleibe, welche sie durch die Verträge mit Dänemark erworben. Am 27. d. endlich haben, wie die „Presse“ meldet, auch Rußland und die Niederlande die Anerkennung der Flagge in Wien angezeigt. Rußland speciell hat augenscheinlich erst die betreffenden Entschließungen Englands und Frankreichs abwarten wollen. Seine Anerkennung ist, gleichwie die der Niederlande — abgesehen von der Voraussetzung der Gegenseitigkeit — eine ganz unverclausulirte.

Das Aosta-Thal, aus dem bis jetzt noch kein patriotischer Klang nach Italien herüberdrang, und das sich an der großen Bewegung nur durch ein Contingent vorzüglicher Soldaten betheiligt hatte, ist gegenwärtig der Schauplatz patriotischer Demonstrationen geworden, nachdem Gerüchte über dessen Abtretung an Frankreich in Umlauf gesetzt wurden. Die Städte Aosta, Verres, St. Vincent und Chatillon vereinigten sich, um namentlich die Concessionirung der Eisenbahn zu feiern, welche das abgelegene Thal mit Italien verbinden soll; allein die Demonstration trug einen ausgeprägten politischen, ja was mehr bedeutet, anti-französischen Charakter.

Die Differenz zwischen dem Marquis de Moustier und der Pforte wird amtlich in Abrede gestellt. Als Ursache, weshalb der französische Gesandte de Moustier seinen Posten in Constantinopel verließ, bezeichnete man die Weigerung der Pforte, den Schiedsspruch des Kaisers in Betreff des Suez-Canals anzunehmen.

Nach einer Wiener Correspondenz der „Magdeb. Ztg.“ haben die österreichischen Verhandlungen mit England über einen Handelsvertrag eine sehr reelle Basis, die nicht ausschließlich auf dem wirthschaftlichen Gebiete zu suchen sei. Oesterreich schließe einen Handels- und Schifffahrts-Vertrag auf freihändlerischer Grundlage mit England, das dafür sein Geld hergeben wolle, um das österreichische Eisenbahnnetz nach Rußland und den Donaufürstenthümern beenden zu können, damit die den Welthandel bestimmenden Bahnlinien nicht der Herrschaft Rußlands verfallen.

---

†† Krakau, 28. März.

Wie die „Gaz. nar.“ erfährt, wurden die nachstehenden zu Strafcompagnien verurtheilten österr. Unterthanen, Galizier, bereits begnadigt, jedoch unter der einen Bedingung, daß ihre Zuständigkeit und österreichische Unterthänigkeit amtlich constatirt werde. Es sind dies: Wilhelm Mildner, Kasimir Kaczmarski, Lorenz Banach, Stephan Kaczorowski, Mathias Godyń, Thomas Kalemba, Joseph Szyjkowski, Anton Miazga, Johann Pollak, Joh. Rydarowski, Cyrill Wroński, Joh. Kwiatkowski, Constantin Kowszewicz, Joseph Kaute, Constantin Brzeziński, Markus Padauer, Leopold Paszyński vel Pączyński, alias Paszczyński, Anton Mężowicz, Ludwig Kocipiński, Heinrich vel Stanislaus Czerwiński (?), Joh. Palatyński, Eduard Regiec, Eduard Janoni, Carl Gierkuszkiewicz, Anton Gajdziński, Ladislaus Łowczyński, Ludwig Nikel, Alexander Zieliński, Carl Benowski, Joseph Buszyński, Carl Groß, Michael Wrzos, Joseph Steczkowski, Stephan vel Ladislaus Pisz, Ignaz Sobolewski, Alexander Maciejowski (?), Lukas Broda (?), Johann Bukowski (?), Joseph Czerny, Klemens Wątroba, Alexander Bogawski. Von den mit dem Fragezeichen Bezeichneten weiß Niemand, wo sie sich gegenwärtig befinden. Außer diesen sind nach einer St. Petersburger Depesche vom 15 d. folgende Verurtheilte der kaiserlichen Gnade empfohlen worden und ist zu hoffen, daß sie nächstens freigelassen werden: Heinrich Chowaniec, Stanislaus Chęciński, Joh. Giełg, Sigmund Gostkowski, Ignaz Bielikiewicz, Valentin Bogucki, Arthur Borzewski, Johann Dydak, Lorenz Jagiełło, Ludwig Ludkiewicz, Edmund Klemensiewicz, Stanislaus Krudowski, Johann Kalinowski, Jakob Kostkiewicz, Anton Midowicz, Franz Myczkowski, Ladislaus Malczewski, Constantin Michlewski, Eduard Thomas Pietrzkiewicz, Ladislaus Pade, Carl Pawłowski, Ludwig Riedl, Julian Wendycz, Adolph Szulz, Joseph Sitkowski, Theodor Swirczyński, Joh. Kowszewicz, Kamill Komarnicki, Blasius Kubica, Johann Kobyliński, Ladislaus Swiszczowski, Ludwig Borawski, Felix Brzostowski und Valentin Banach.

Zur Budgetfrage.

(Schluß.)

Der Herr Berichterstatter, schließt die „Mil.-Ztg.“, war auch so freundlich, der Regierung Winke zu geben, wie die für fortificatorische Zwecke veranschlagten Mittel zweckmäßiger für diesen oder jenen Platz, als für einen anderen zu verwenden kämen, — Winke, die man ihm wirklich nur vergeben kann, weil ihm diese Sachen gründlich fremd sind. Zu beweisen, daß der Vorgang der Regierung in dieser Richtung ein dem strategischen Vertheidigungs-Systeme des Reiches entsprechender, und gleichzeitig den nächsten Anforderungen der Zeit Genüge leistender ist, würde uns weit das Ziel welches wir uns hier gesteckt, überschreiten heißen und wäre auch nicht ganz am Platze.

Nur Folgendes wollen wir bemerken:

1. Daß die Ansicht des Herrn Verfassers (Pag. 49): „Die Zweckmäßigkeit der Verwendung von Summen zur Vollendung von Festungen, die unter dem früheren Geschütz-Systeme angelegt wurden, sei sehr fraglich geworden“, eine irrige ist.

Eben darin, weil derartige Festungen (die Richtigkeit ihrer strategischen Situirung vorausgesetzt) den Anforderungen des neuen Artillerie-Materials nicht entsprechend, liegt der Grund, sie auf jene Höhe zu bringen, auf welcher sie ihrer Aufgabe wieder gewachsen seien; denn Fortification und Armirung müssen immer im harmonischen Einklange bleiben, ein Lehrsatz, der Gott sei Dank! schon den Elementar-Schülern unserer Militär-Akademien geläufig ist.

2. Daß, falls der Bau eines Objectes einmal als nothwendig erkannt und beschlossen wurde, er auch thunlichst rasch vollendet werden soll. In der Verschleppung eines Baues, wie sie der Herr Verfasser (Pag. 30) anpreist, liegt keine Oekonomie, sondern eine Verschwendung! Um auf des Verfassers diesfällige Beispiele einzugehen, geben wir zu, daß Preußen an Posen schon seit 1842 baut und erst $^4/_5$ der bewilligten Mittel verbaut hat. Ob es gut that, so lange zu bauen, ist seine Sache; Preußen ist reich, Preußen kann zu seinem Plaisir auch langsam bauen! Uebrigens waren die Raten für Posen nicht immer so klein. Schon 1853 sehen wir den Platz in der Hauptsache fertig, aber auch an 900,000 Thaler der bewilligten Bausumme von $1^1/_2$ Millionen verausgabt!

Bei Königsberg wurde der allerdings schon 1842 begonnene Bau je nach der Constellation der politischen Verhältnisse bald rascher, bald minder rasch gefördert; so sehen wir in den Vierziger-Jahren an 3000 Arbeiter daselbst beschäftigt, diese Zahl im Anfange des vorigen Decenniums bedeutend herabgesetzt, und im Jahre 1859 bis auf 6000 Mann erhöht. Die Bauraten variirten zwischen 20.000—36.000 Thaler und darüber pro Jahr.

Allein schon im Jahre 1860 war der Platz in der Hauptsache fertig und wurde zur Festung ersten Ranges erklärt; bis 1863 waren von dem bewilligten Baucapitale mit $8^1/_2$ Millionen Thaler — 6,442.000 verbaut, also es fehlte schon damals nur mehr zwischen $^1/_6$ und $^1/_7$ auf die ganze bewilligte Summe; für 1864 und 1865 waren je 300 000 Thaler bewilligt, was 7,000 000 ausmacht, daher dermalen nur $^3/_{17}$, aber nicht $^1/_5$, wie der Herr Berichterstatter erwähnt, bei Königsberg am Baucapitale disponibel sind.

Wenn der Herr Berichterstatter bei Posen gar nur eine Verwendung von 10.000 — 30.000 Thaler für die jährliche Fortsetzung des Baues nachweist, so wollen wir auch das nicht bestreiten, gleichzeitig aber auch erklären: Posen im Jahre 1828 begonnen, war schon 1851 haltbar. Dieses gelang namentlich dadurch, daß der für Posen 1844 bewilligte Credit mit 2,600,000 Thaler tüchtig, mit 300,000 Thalern jährlich, in Anspruch genommen worden war. 1856 war der Gürtel der Werke beendet. Was sodann noch zu machen blieb, war nebensächlich. Im

Jahre 1862 war aber auch der ganze Credit bis auf 150.000 Thaler erschöpft. Von diesem kleinen Reste wurden dann die vom Herrn Berichterstatter vielgepriesenen kleinen Raten zu minderwichtigen Objecten (1863: 30.000 Thaler, 1864: 10.000 Thaler, endlich 1865: 90.000 Thaler, worunter 60.000 Tbaler für ein bombensicheres Zeughaus als erste Rate) bewilligt.

Wir sind dem Herrn Verfasser mit Absicht hier Schritt für Schritt gefolgt, und haben hoffenlich bewiesen, daß, wenn auch an allen seinen Citaten Etwas Wahres ist, doch bei jedem die wahre allseitige, unparteiische Beleuchtung fehlt, die es dem Leser allein ermöglicht, sich eine correcte Vorstellung zu schaffen.

Im Allgemeinen müssen wir bemerken, daß Preußen in den letzten Jahren (abgesehen vom Jahre 1859) der Ostgränze effectiv weniger Aufmerksamkeit schenkte, als zum Beispiele in den Vierziger-Jahren und im Anfange des vorigen Decenniums.

Das liegt eben in den politischen Verhältnissen. Bei der Westfronte, die der Herr Verfasser wohlweislich aus dem Spiele läßt, war Preußen nicht so haushälterisch. Koblenz, Köln mit Deutz, dann Saarlouis erhielten in den letzten Jahren und erhalten noch jetzt wesentliche Verbesserungen in fortificatorischer Richtung, und wurden durch Neubauten verstärkt. Namentlich herrscht bei Saarlouis seit 1862 eine außerordentliche Thätigkeit.

Ehe wir unsere Besprechung schließen, erlauben wir uns noch der jüngst in der Repräsentanten-Kammer gehaltenen Rede des belgischen Kriegsministers, General-Lieutenants Chazal (in diesen Blättern in der Nummer 18 wörtlich gebracht) zu erwähnen, die für die Nothwendigkeit wohlorganisirter Heere im Interesse der Wohlfahrt der Staaten eine Lanze in der glänzendsten Weise bricht.

Es sind goldene Worte, die Chazal spricht, und ist nur zu wünschen, daß sie auch allgemein Verbreitung und Beherzigung fänden. Ganz besonders glücklich finden wir folgende Stellen:

„Meine Herren! einer der Fundamental-Grundsätze der politischen Oekonomie, auf die man sich beruft, soll bei uns derjenige sein, daß man jene Ausgabe als die nützlichste, die vortheilhafteste und die am meisten ökonomische hält, welche zum Unterhalt einer starken und mächtigen Armee dient; denn nur eine solche Armee schützt vor jener fremden Lüsternheit und vor jenen innerlichen Unordnungen, welche die Völker zu Grunde richten."

„Solche Grundsätze läßt England gelten, die sind dort zur Wahrheit geworden und werden selbst durch die Oekonomisten anerkannt."

„Welche Staatsmänner dort auch an der Spitze der Regierung gestanden sein mögen, die man als Vorbilder aufstellt, man hat in diesem Lande immer mehr als ein Drittel der Einkünfte auf die Erhaltung der Armee verwendet. Beinahe die ganze Summe euglischer Staatsschulden wurde den Militärausgaben gewidmet. Und solche Grundsätze haben sich so sehr in der Nation eingelebt, daß bei jeder Gelegenheit nach dem Toast auf die Königin, ein Toast auf die Armee und Flotte ausgebracht wird, welche stets die Größe Englands gesichert haben."

Ferner: „Einstens sah man nichts als Unordnung, Kämpfe, Anarchie von Volk zu Volk, von Provinz zu Provinz, von Stadt zu Stadt, von Gemeinde zu Gemeinde; es war weder Handel noch Industrie, weder Wohlhabenheit noch Sicherheit. Ausschreitungen und Gewaltthätigkeiten ergänzten sich gegenseitig."

„Erst seit der Epoche Carl VII. in Frankreich und Carl des Kühnen in Belgien, seit der Epoche der stehenden Armeen beginnt die Ordnung und Sicherheit ein wenig aufzuleben, die Gerechtigkeit und das Recht wieder zum Vorschein zu gelangen."

„Vor jenem Zeitpuncte mit welcher Langsamkeit, hingegen heute mit welcher Schnelligkeit entwickelt sich die Civilisation! Sobald ein Volk die Augen öffnet und das Licht der Erkenntniß bei demselben Eingang gefunden hat, fordert es eine militärische Organisation."

„Glauben Sie, meine Herren, daß der gewaltige Umsturz, an dem jetzt die Vereinigten Staaten leiden, vorgekommen sein würde, wenn sie stehende Armeen gehabt hätten? Ich bin vom Gegentheil überzeugt, ich bin sogar sicher, daß ein Vorhandensein einer stehenden Armee die Ströme Blutes verhindert haben würde, die in diesem Kriege vergossen worden sind. Es ist dies eine Ansicht, die heutzutage in Amerika die Oberhand gewinnt. Man gibt sich jetzt Mühe, jenes militärische System ins Leben zu rufen, das man vernachlässigen zu können glaubte, denn man ist selbst bis auf die Conscription zurückgekommen. Hätte man dieses System besessen, so würde man nicht zu unermeßlichen Anleihen, zu drakonischen Gesetzen Zuflucht nehmen müssen."

In Bezug auf die letztere Stelle glauben wir noch einige Daten anfügen zu dürfen, die den Contrast der Vertheidigungsmittel der Vereinigten Staaten vor dem Kriege und jetzt recht grell hervortreten lassen.

Das reguläre Heer bestand vor Beginn des Krieges aus:

10	Regimentern Infanterie	5596	Mann
5	„ Reiterei	3408	„
4	„ Artillerie	2967	„
	Stäbe	1003	„
	Summa . .	12974	Mann;

außerdem bestanden freilich noch an zwei Millionen eingeschriebene Milizen, bei denen man jedoch höchstens auf 75,000 für eine sofortige Dienstleistung rechnen konnte.

Die unbedeutende reguläre Macht wurde im Laufe der letzten Jahre durch Milizen und Freiwillige gebracht:

		bei der Union:		b. d. Conföderation:	
Zu Anfang 1861	auf	75.000	Mann	56,000	Mann
„ „ 1862	„	580.000	„	370.000	„
„ „ 1863	„	470.000	„	350.000	„
„ „ 1864	„	480.000	„	290.000	„

An Menschenverlust (an Todten vor dem Feinde, Verwundeten, Vermißten und in Folge von Krankheiten Gestorbenen) hat die Union 552.000, die Conföderation 350.000 Köpfe, und zwar in dem Zeilraume von 1861 bis 1863.

Die Unionsflotte bestand vor dem Kriege aus 10 Kriegs-Dampfschiffen (Fregatten und Corvetten), mit 1. Jänner 1865 zählte sie 68 Panzer verschiedener Gattung und 490 Kriegs-Dampffahrzeuge.

Die Staatsschuld der Union betrug mit 1. März l. J. nahe an 20 Milliarden Dollars, jene der Conföderirten beiläufig die Hälfte.

Fassen wir diese Daten zusammen, so sehen wir die colossalen Opfer, welche das Land als Sühne für die Vernachlässigung seines Heerwesens bringen mußte, ganz abgesehen von der durch den Bruderkampf bedingten Abschwächung seines politischen Einflusses in Bezug auf alle wichtigen Ereignisse, dessen Schauplatz mittlerweile andere Theile des amerikanischen Continents geworden sind, oder hätten werden können.

Auch Dänemark lieferte in dem letzten Jahre das traurige Beispiel, wohin übertriebene Ersparungen im Frieden führen.

Nach der unerwartet schnellen Ueberwindung der dänischen Vertheidigungs-Anstalten hatte das Folkething eine Commission erwählt die über die Ursachen dieses unglücklichem Ausganges eine vorläufige Untersuchung führen sollte. Das Ergebniß dieser Commission war die Formulirung einer Anzahl von Vorwürfen gegen die dänische Armee und die Kriegsführung 1864, deren Beleuchtung in der „österreichischen Militär-Zeitschrift", 6. Jahrgang, 1. und 2. Heft reproducirt ist, und deren wir der Analogie des Stoffes halber hier ebenfalls erwähnen.

Aus dieser Beleuchtung geht unzweideutig hervor, daß keineswegs die dänische Armee, wohl aber die Reichsvertretung die Schuld an dem Unglücke des kleinen Staates trifft, indem letztere weder auf die Vorschläge betreffs einer gründlichen Reorganisirung und Ausbildung der Armee, noch auf jene bezüglich der Ergänzung des Materials und Vervollständigung der festen Plätze, als es noch Zeit war, eingehen wollte, sondern die hiezu nöthigen Geldmittel verweigerte.

So wären wir denn am Schlusse unserer Besprechung angelangt. Ihre schlichten Worte waren das Ergebniß eines reinen patriotischen Gefühles das es nicht verwinden konnte, die Regierung mit ihren ehrlichsten Absichten verdächtigt, und die öffentliche Meinung in den derselben weiter stehenden Kreisen irregeführt zu sehen.

Verhandlungen des Reichsrathes.

An die vorgestern im Abgeordnetenhause begonnene Budgetdebatte knüpft der „Botschafter" folgende Bemerkungen: Wir sind weit entfernt, der Opposition entgegenzutreten, wenn sie uns die Finanzlage als ernst darstellt, wenn sie die Steuerlast als drückend schildert, wenn sie als ein Collectiv-Pater Mathew, als finanzieller Mäßigkeitsapostel den Budgettisch um Einiges erleichtern will. Aber in sämmtlichen Reden der Herren von der Opposition macht sich der Gedanke breit, die Regierung stehe auf dem entgegengesetzten Standpuncte und wolle sich den Spartendenzen widersetzen. Und hier ist der Punct, wo die Opposition einseitig und darum unwahr ist. Die Regierung hat alle die beredten Ziffern, welche zur Sparsamkeit mahnen, ebenso gewürdigt, wie nur irgend ein Herbst, Schindler oder ein anderer Oppositionsmann; sie war es, welche den kühnen Schnitt in das Budget machte und aus demselben die runde Summe von 20 Millionen herausschnitt. Die große Schlacht hat die Regierung geschlagen, um die Hauptlast ist sie das Budget zu erleichtern bereit; die Opposition will nur noch ein Arrieregarde-Gefecht liefern und einen Nachtrab von 5 bis 6 Millionen aufheben. Kann man bei so bewandten Umständen ernstlich, ohne die Wahrheit zu verzerren, Regierung und Opposition gleichsam wie feindliche Principe einander entgegenstellen, während die Regierung dem gemeinsamen, auch von ihr anerkannten Principe das größte Opfer bringt? Wir lassen uns nicht durch Parteiblendwerk die Wahrheit rauben; wir geben Wahrheit und verlangen Wahrheit. Wir wollen auch nicht die halbe, sondern die ganze Wahrheit. Wir fordern nur die billige, von bestimmten Voreingenommenheiten freie Erwägung, ob die 20 Millionen der Regierung oder just die 26 Millionen des Finanzausschusses die ganze Wahrheit sind. Denn daß bei Ziffern das Plus von vorneherein auch das Plus von Wahrheit bedeute, das wäre denn doch eine oberflächliche Auffassung einer Sache wie das Budget, welche in ihrer Totalität, in ihrer Beziehung zum Staatszweck so gut wie in jener zum Steuerträger aufgefaßt werden muß. Und da kommen wir zu einem zweiten Puncte, welcher eine beklagenswerthe Einseitigkeit der Opposition darlegt. Dieselbe geht in ihren Reden von der Voraussetzung aus, die Regierung habe im Budget eine Reihe unnützer, verwerflicher Ausgaben aufgeführt, welche man beseitigen müsse. Diese Behauptung wird als ein Axiom aufgestellt und bildet gleichsam den Ausgangspunct der ganzen Beweisführung. Das ist freilich eine leichte Methode, den Beweissatz als ein politisches Einmaleins hinzustellen, das keines Beweises mehr bedarf. Die Regierung hat kein Budget ad libitum entworfen und vorgelegt. Der Bedarf war für sie maßgebend, zunächst allerdings wie er sich in den strengen Formen der bisherigen Finanzgesetze als nothwendig herausstellte. Die freiere Gebahrung, welche auszusprechen ihr erst der Finanzausschuß selbst nahelegte, dann das Eingehen auf die Idee einer Beseitigung des Gebahrungsdeficits, waren die Triebfedern, welche eine Herabsetzung möglich machten. Es ist schon eine willkürliche Annahme, daß die zu streichenden 20 Millionen überflüssige Ausgaben treffen; man kann unter gewissen Umständen am Nothwendigen und Nützlichen sparen. Noch willkürlicher ist aber die Annahme, daß die Differenz zwischen den 20 Millionen der Regierung und den 26 Millionen des Finanzausschusses überflüssige Ausgaben bedeute. Die Regierung, welche die Administration genau kennt, war bei Ehre und Gewissen aufgefordert auf die geringstmögliche Ziffer herabzugehen; und ein mit diesen Motiven von ihr reducirtes Budget dünkt uns sachgemäß mehr Anspruch auf Wahrheit zu haben, als die Reduction des Finanzausschusses, der nach oberflächlicher Schätzung die Abstriche vornahm und gleichsam dem Lotteriespiele der Abstimmung zwischen mehreren licitando hingeworfenen Ziffern die Entscheidung überantwortete. Die Abstriche des Finanzausschusses mögen natürlich dem Einen Zwecke: Ausgaben-Verminderung mehr dienen, als die Regierungsabstriche. Aber dieser Eine Zweck kann nicht vor dem anderen, dem Staatszwecke, uncontrolirt dominiren. Wie hart auch die Steuerlast auf den Völkern ruhen mag, so kann doch der Gang der Staatsverwaltung nicht gestört, die Machtstellung des Reiches nicht erschüttert werden. Und Beides zu verhüten, hat Oesterreich und sein Volk noch Kraft genug. Die Regierung ist bereit, der Schonung des Volkes die nothwendigen Opfer zu bringen; sie hält nur jene Gränze fest, welche der Staatszweck unerbittlich vorzeichnet.

Der Ausschuß für die Vorberathung der Regierungsvorlage, betreffend die der Dampfschifffahrtsgesellschaft des österr. Lloyd zu zahlende Subvention hat die erste Lesung des Gesetzentwurfes beendigt und den Abg. v. Mühlfeld zu seinem Berichterstatter gewählt. Das Princip der Regierungsvorlage, welche die Subvention als Meilengeld für die nach Maßgabe des mit der Lloydgesellschaft abzuschließenden Postvertrages entweder als Schnell-Linien oder mit gewöhnlicher Fahrgeschwindigkeit zu befahrenden Paketlinien gewähren will, ist angenommen worden. Der Postvertrag soll auf 7 Jahre abgeschlossen werden. Die auf 2,284.000 fl. angeschlagene jährliche Subventionssumme wurde auf 2 Mill. Gulden herabgesetzt und ist so zu vertheilen, daß die Schnelllinien des ganzen nach dem Entwurf des Postvertrages beibehaltenen Fahrtennetzes nach dem Antrag der Regierung mit 4 fl. 20 kr., der anderen Linien aber anstatt mit 3 fl. 33 kr. nur mit 2 fl. 48 kr. pr. Meile bezahlt werden. Die Befreiung der Lloydschiffe von den Consulargebühren wurde ebenfalls gutgeheißen, die an und für sich unbedeutenden Exemtionen von gewissen Stempel- und Zollgebühren hingegen abgelehnt. Der Ausschuß, welcher sich den bei dem Gesetz über die Lemberg-Czernowitzer Eisenbahn eingehaltenen Vorgang zum Muster nahm, will überdies einige der Pactirungen, welche die Regierung anläßlich der Erneuerung des Postvertrages mit den Vertretern der Lloydgesellschaft vereinbart hatte, in dem Gesetzentwurf einbeziehen, worunter namentlich die Modalitäten für die Rückzahlung des Vorschusses von 3 Mill. Guld., welche in den Jahren 1872—1876 mit einer Million, in den Jahren 1877—1879 mit zwei Millionen geschehen soll, während die Regierung dieselben erst mit dem Jahre 1875 beginnen zu lassen beabsichtigte. — Den von der Regierung für die Durchführung der Reform der Statuten und der Verwaltung gesetzten Termin von 3 Monaten nach Abschluß des neuen Postvertrages hat der Ausschuß zugeheißen und nur noch eine Sanction desselben beantragt, indem er der Regierung das Recht gewahrt wissen will, die Subvention ganz oder theilweise einzuziehen, wenn der Lloyd jenen Termin nicht einhalten sollte.

Der neugewählte Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses hielt vorgestern seine erste Sitzung. Er wählte in derselben Freiherrn v. Pratobevera zum Obmann und Dr. Taschek zum Obmann-Stellvertreter. Die Referate wurden mit einer geringen, durch den Eintritt vier neuer Mitglieder gebotenen Aenderung, in derselben Weise vertheilt, wie dies beim Finanzausschuß pro 1865 der Fall war.

Der Antrag des Baron Riese auf Gewährung zwanzigjähriger Steuerfreiheit für Neubauten in den Hauptstädten hat bereits die Ausschußberathung passirt. Der Ausschuß ging in die Tendenz des Antragstellers ein, entschied sich jedoch, conform mit Wünschen, welche das Haus in seiner ersten Session ausgesprochen, dahin, daß für Neubauten eine fünfzehnjährige, für Umbauten eine zwölfjährige Steuerfreiheit gewährt werden solle. Die Steuerfreiheit soll ferner auf den Umbau solcher Häuser auf dem flachen Lande ausgedehnt werden, die durch Elementar-Ereignisse zerstört worden sind, alles dies jedoch mit möglichster Schonung der Bezüge des Aerars.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 27. März. Se. k. k. Apostolische Majestät haben heute Vormittags Privataudienzen zu ertheilen geruht.

Ihre Majestät die Kaiserin sind gestern, den 27. d. M., Nachmittags nach München abgereist.

Ihre k. Hoheit Erzherzogin Gisela befindet sich bereits vollkommen wohl und wird Allerhöchstdieselbe, wenn die günstige Witterung anhält, schon im Laufe dieser Woche eine Spazierfahrt unternehmen können.

Ihre Maj. die Kaiserin Karolina Augusta haben den Abgebrannten zu Blumau V. O. M. B. 300 fl. allergnädigst zu spenden geruht.

Herzog August Koburg wird morgen mit Familie nach Linz abreisen. Am 2. April findet die Taufe der neugebornen Erzherzogin daselbst statt.

Laut einem an die belgische Gesandtschaft eingelangten Telegramm ist Graf Arthur, Sohn des belgischen Gesandten am hiesigen Hofe, Grafen O'Sullivan, vorgestern gestorben. Der Herr Gesandte ist bereits nach Venedig abgereist.

Herr v. Szemere, der kürzlich von Frankreich in die Heimat zurückgekehrt, befand sich einige Tage in Wien, und kehrte heute Früh in Begleitung zweier Herren nach Pest zurück.

Das Prager Stadtverordneten-Collegium hat beschlossen, auf der Kleinseite ein böhmisches Unter-Real-Gymnasium auf Stadtkosten im nächsten Schuljahre zu eröffnen.

Aus Karlowitz, 26. März, bringt die „Gen. Corr." folgende Mittheilungen: Im gestrigen Referat des ad hoc gewählten Ausschusses wurde eine vollständige Negation der Berechtigung der romanischen Forderungen ausgesprochen und auseinandergesetzt. In der geheimen Conferenz soll, wie verlautet, ebenfalls keine günstigere Anschauung zum Durchbruch gekommen sein. Man will von serbischer Seite aus den Fonden höchstens 250.000 fl. und kein einziges Kloster freiwillig abtreten. Die Militärdeputirten waren für Abfertigung der Romanen mit der obigen Summe und mit zwei Klöstern. Der Ausgleich ist daher als gänzlich gescheitert zu betrachten. Erzbischof Schaguna ist bereits nach Wien abgereist; Bischof Ivaković und die romanischen Deputirten sind in ihre Heimat zurückgekehrt.

In der Sitzung vom 24. dieses Monats wurde die in Antrag gebrachte Reducirung eines Bisthums mit geringer Majorität fallen gelassen; dagegen eine gedeihlichere Verwerthung der Tökötischen Alumnats-Stiftung in Anregung gebracht. — Die geistliche Section der Consistorien wurde aus 5, die administrative aus 7 Mitgliedern, worunter vier weltliche, zusammengestellt. Das Appellatorium wird aus dem Metropoliten als Präsidenten, aus 2 Bischöfen, 2 Archimandriten, 2 Protopresbytern und 2 Presbytern bestehen. — Ferner wurde der Bestand einer rein theologischen Anstalt zu Karlowitz mit einem Lehrplan für 4 Jahrgänge und mit sechs Professoren und den entsprechenden Stipendien für Studirende aus der Karlstädter und Pankrazer Diöcese auf Kosten des nicht unbedeutenden Klericalfondes votirt.

Deutschland.

Der Redacteur der „Frankfurter Postzeitung", Dr. Sattler, ist vorgestern in Folge eines Schlaganfalles gestorben.

Aus Berlin, 27. März, Nachm., wird gemeldet: Der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wohnten am Ministertische die Herren v. Roon, v. Selchow, später auch Frhr. v. Bodelschwingh bei. Schultze-Delitzsch legte für die Majorität gegen die Rede des Kriegs-Ministers Verwahrung ein. Der Kriegsminister v. Roon erklärt: Er wolle nur Einiges persönlich bemerken, ohne auf die Debatte zurückzukommen. Was er gesagt habe, habe er gesagt, und er habe keine Veranlassung, etwas dazu hinzufügen, noch davon hinwegzunehmen. „Ich vertheidige die Reorganisation als Ganzes und mit allen Einzelnheiten als etwas mir Aufgetragenes, vollkommen davon durchdrungen, wie von etwas, was man selbst gemacht." Bei der in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erfolgten Abstimmung über den Generalbericht wurden die Anträge 1 bis 4 mit allen Stimmen gegen die Conservativen angenommen. Das Amendement Bender wurde verworfen. Antrag 5 wurde mit allen Stimmen gegen die der Feudalen und Altliberalen angenommen, das Amendement Waldeck verworfen. Antrag 6 wurde mit Majorität und Antrag 7 (des Abg. Virchow) nach stattgefundener Gegenprobe angenommen.

Die „Nordd. Allgem. Ztg." ist gewissen Zeitungsgerüchten gegenüber zu der Erklärung ermächtigt, die Staatsregierung empfinde nicht das Bedürfniß, über eine anderweitige Stellung zum Abgeordnetenhaus zu berathen, weil sie die von ihr bisher eingenommene Stellung allein für ihrem Recht und ihrer Pflicht entsprechend hält. Sämmtliche der Staatsregierung unterstellte Absichten von Concessionen, ebenso wie die Absicht der Auflösung oder Vertagung der Kammer seien unbegründet. Das Cabinets-Conseil am Sonnabend habe sich mit Fragen der Politik überhaupt nicht beschäftigt.

In Berlin spricht man davon, daß die Regierung in nächster Woche eine Vertagung des Landtags eintreten lassen wolle, um an dem Budget einige Aenderungen vorzunehmen, die als Concessionen im Sinne der drei ersten Anträge der Budgetcommission gelten können. Diese Anträge beziehen sich bekanntlich auf eine zweckentsprechendere Vertheilung der Ausgaben zu Gunsten productiver Zwecke, Stromregulirungen u. s. w., für Kunst und Wissenschaft u. a. mehr, und zwar auf Grund einer Ermäßigung des Etats für die Armee. Ferner spricht man von Concessionen in der Militairfrage, die in der Zwischenzeit vorbereitet werden sollen. Zu diesem Zwecke beabsichtigt man dem Vernehmen nach auf den von Mitgliedern der volkswirthschaftlichen Fraction des Abg.-Hauses ausgegangenen Vorschlag der Feststellung der Friedensstärke der Armee in der Art einzugehen, daß dadurch factisch eine 2½jährige Dienstzeit herauskommen würde. Auf die Wahrscheinlichkeit einer bevorstehenden Vertagung will man auch aus dem Umstande schließen, daß gestern die Gelder für die Diäten der Abgeordneten in die Casse des Abgeordnetenhauses eingezahlt worden sind. Gegen eine etwaige Schließung oder Auflösung spricht der Umstand, daß die Zollvereinsverträge mit dem 1. Juli d. J. in Kraft treten sollen, dazu aber die Genehmigung des Landtags

durchaus erforderlich ist. Dem preußischen Major im Ingenieur-Corps, Hrn. A. v. Cohaasen, zur Zeit Mitglied der Bundes-Militär-Commission in Frankfurt a. M., ist jetzt auch vom Kaiser Napoleon ein Prachtexemplar seines Werkes über Julius Cäsar als Zeichen der Erinnerung an die von ihm auf Wunsch des Kaisers und Geheiß unsres Königs auf deutschem Gebiete im Jahre 1862 angestellten Untersuchungen in Betreff der Züge von Julius Cäsar zugekommen. Derselbe besitzt bereits seit längerer Zeit den Orden der Ehren-Legion.

[Der Berliner Polenproceß.] In der Sitzung vom 23. d. ward mit den Special-Verhören der Angeklagten begonnen. Der erste derselben, Gutsbesitzer Wladimir Wolniewicz, Sohn eines polnischen Oberst, gehört zu den in der ersten Serie des Processes zum Tode verurtheilten Angeklagten. Dieses Urtheil war bekanntlich ein Contumacial-Urtheil und der Verurtheilte hat von dem ihm gesetzlich zustehenden Rechte Gebrauch gemacht, seine persönliche Abhörung und anderweitige Entscheidung durch seine Gestellung zu veranlassen. Die gegen ihn vorliegende Anklage bezeichnet ihn schon als Theilnehmer der Verschwörung von 1846, welche Behauptung er auch als richtig einräumt. Es gelang ihm damals, sich der ihm drohenden Verhaftung und Bestrafung durch die Flucht nach England zu entziehen, wo er bis 1848 verblieb. Nach den Märztagen kehrte er über Paris nach Posen zurück und soll nach Behauptung der Anklage dort sofort dem geheimen Revolutions-Comité beigetreten sein, welches neben dem öffentlich bestehenden National-Comité sich bildete und die von letzterem angeregte Bewegung, sich gegen den Anschluß an Deutschland auszusprechen und eine Separat-Verfassung zu verlangen, nach vorangegangener Ausschreibung einer Nationalsteuer mit Hilfe herbeigerufener Emigranten zu einem bewaffneten Aufstande umgestaltete. Die General-Amnestie befreite den Angeklagten abermals von der drohenden Strafe. Als er im Jahre 1850 in Gnesen zum Abgeordneten für die zweite Kammer gewählt wurde, lehnte er das Mandat ab, weil er, wie er in einem Schreiben an seine Wähler sagte, die preußische Verfassung nicht beschwören möge und weil die polnische Nation einen solchen Eid „weder halten werde noch könne". Um dieselbe Zeit betheiligte er sich lebhaft an der Gründung polnisch-landwirthschaftlicher Vereine. An dem jetzt zur Anklage stehenden hochverrätherischen Unternehmen soll er sich schon im März 1863 betheiligt haben. Er soll mehreren vom Grafen Dzialynski für die Insurrection angeworbenen französischen Officieren Instructionen für ihre Thätigkeit ertheilt, im Interesse der Aufstands-Partei eine Reise nach Krakau unternommen, über die Dictatur Langiewicz mit andern Führern unterhandelt, ausgeschriebene National-Steuern erhoben haben und bei der Organisirung der Zuzüge nach Polen thätig gewesen sein. Außerdem bezeichnet die Anklage ihn insbesondere als Chef der insurrectionellen Polizei und Presse in seinem Kreise und es werden ihm die in den französischen Blättern über die preußisch-russische Convention verbreiteten Artikel zugeschrieben. Besonders thätig soll er bei den Corps von Jung de Blankenheim und Taczanowski gewesen sein und die Communication derselben mit dem Central-Comité zu Posen vermittelt haben. Bei dem letzteren soll er sogar beantragt haben, den ganzen Operationsplan dieser Corps dem Kaiser Napoleon vorzulegen. Die Vernehmung des Angeklagten, welche sich demnächst auf die Details der Anklage erstreckt, nahm die ganze Sitzung in Anspruch.

Frankreich.

Paris, 26. März. Telegrammen aus Paris entnehmen wir Folgendes: Der „Monde" hat es gewagt, den Artikel des Constitutionnel zu dementiren, womit letzterer der Angabe des „Monde" über die Unterredung des Papstes mit Herrn Sartiges widersprochen hatte. Der „Monde" bezog sich hiebei auf die Union de l'Ouest, die zugab, daß zwischen dem Papste und dem französischen Gesandten über die Convention jedenfalls gesprochen worden sei. Dieser Widerspruch hat beiden Blättern Verwarnungen eingetragen. Die „Gazette de France" und das „Journ. des Déb." liefen ebenfalls Gefahr, verwarnt zu werden, wie der „Monde", da sie betreffs der Besprechung des Papstes mit Sartiges dieselbe Mittheilung gebracht hatten; doch unterblieb dieser Schritt der Preßbehörde. About erklärt in der Opinion Nationale, seine vor sechs Jahren erschienene Schrift über die Trennung von Staat und Kirche sei von dem Herzog von Morny inspirirt worden. Ollivier ist bei dem letzten Tuillerien-Diner nicht erschienen und scheint Opposition machen zu wollen.

Wie wir einer Pariser Corr. der „N. P. Z." entnehmen, ist der Drucker der Broschüre „Le propos de Labienus", Riqueur-Laine nur zu einem Monat Gefängniß und zu 500 Fr. Geldstrafe verurtheilt.

Vom 1. April d. J. beginnt in Paris eine neue polnische Monats-Revue „Przegląd polski" zu erscheinen.

Belgien.

Das Arsenal in Ostende wurde Sonntag Abend durch eine Feuersbrunst mit dem gesammten Material vollständig zerstört. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Großbritannien.

In der Sitzung des Unterhauses vom 24. d. erklärte Sir G. Grey auf Befragen, daß der Italiener Pelizzoni (der ohne die Dazwischenkunft des italienischen Consuls als vermeintlicher Mörder gehenkt worden wäre) nicht freigelassen, sondern wegen eines Polizeivergehens — wegen Verwundung eines gewissen Rebbeck — vor Gericht gestellt werden wird.

Das Denkmal, welches die Katholiken Englands dem verstorbenen Cardinal-Erzbischof Wiseman in London errichten wollen, soll die Gestalt einer Kathedrale annehmen. Als Bauort ist der Platz gegenüber dem Green Park erworben worden, auf welchem jetzt Cambridge House, die Wohnung Lord Palmerstons steht. Die Frist, auf welche der Premier das Gebäude gemiethet hat, ist im Begriffe abzulaufen, und der Besitzer, ein Katholik hat sich bereits verbindlich gemacht, den Platz an das Wiseman-Comité abzutreten.

Italien.

Aus Rom erfährt man einige nähere Angaben über die wahrscheinliche Wiederbesetzung des erzbischöflichen Stuhles von Westminster. Der gegenwärtige Bischof von Clifton, Hon. William Joseph Hugh Clifford, Doctor der Theologie, soll zum Nachfolger des Cardinals Wiseman als Erzbischof von Westminster auserlesen sein; Dr. George Talbot, Kammerherr des Papstes, soll zum Cardinal ernannt werden, jedoch in Rom verbleiben; Bischof von Clifton mit dem Charakter eines Legaten soll Dr. Manning und an des Letzteren Stelle der Canonicus O'Neal Propst von Westminster werden.

Einer römischen Correspondenz des „Czas" vom 21. d. zufolge hat Graf Arnim bis jetzt keinen Candidaten an Stelle des verstorbenen Erzbischofs Przyłuski vorgestellt. Man glaube jedoch in Rom, daß der Bischof von Kulm vorgeschlagen werden würde.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 29. März.

* Gestern fanden — schreibt der „Czas" — die Wahlen der Decane in der Jagiellonischen Universität statt und die neu erwählten akademischen Behörden beginnen ihre Amtirung am 18. April. Die Wahlen fielen auf dieselben Professoren, welche das letzte Mal erwählt worden, jedoch die Bestätigung nicht erlangten und an deren Stelle die ernannten akademischen Behörden traten. Da jedoch Prof. Dr. Joseph Kremer, zum Decan der philosophischen Facultät erwählt, für diese Wahl gedankt, weil er zur Herstellung seiner durch eine schwere Krankheit angegriffenen Gesundheit gezwungen sei, im Laufe dieses Sommers eine Badereise zu machen, fiel die erneute Wahl auf Prof. Dr. Bratranek. Der in der medicinischen Facultät zum Decan erwählte Prof. Dr. Teichmann motivirte die Nichtannahme dieses Amtes durch die Unmöglichkeit der Ausübung seiner Functionen, da er keinen ihm als Beistand dienenden Adjuncten besitze; die Wahl des Decans der medicinischen Facultät fiel deshalb auf Prof. Dr. Piotrowski. In der juridischen Facultät wurde Professor Dr. Buhl zum Decan erwählt, der so wie Dr. Teichmann Prodecan in der Zahl der letzternannten akademischen Behörden gewesen. Die Wahl des Decans in der theologischen Facultät war dem „Czas" noch unbekannt. Die Wahl des Rectors sollte heute stattfinden.

* Das in der Druckerei des H. Carl Budweiser erschienene polnische Werk des hiesigen Gymnasiallehrers Carl Kłęsk „Mineralogie für die niederen Gymnasial- und Realschulen", dessen saubere und sorgfältige mit Illustrationen ausgestattete Ausgabe wir seiner Zeit gebührend hervorgehoben, wird in dem neuesten (März-) Heft der sich durch fachkundige Kritiken auszeichnenden „Biblioteka Warszawska" einer eingehenden Erörterung unterzogen. Es heißt in der Recension u. A.: „Unstreitbar gehört zu einer der schwierigeren Aufgaben die Abfassung jedes pedagogischen Werth besitzenden Elementar-Werkes, besonders eines in dem Bereich der Naturwissenschaften gehörenden. Von den Handbüchern, die in kleinem Umfang den Elementarvortrag dieser Wissenschaft umfassen und die in unserer (der polnischen) Literatur sich übrigens ziemlich selten zeigen, hat keines, wir können es dreist sagen, von den bisher uns bekannten das beabsichtigte pädagogische Ziel erreicht (wie das Buch Dr. Szafarkiewicz' ꝛc.) . . . Bei solchem Stande der Dinge befriedigt dieses Bedürfniß wenigstens theilweise die „Mineralogie" von Kłęsk . . . . Trotz der Unvollkommenheit zeichnet sich Kłęsk' Mineralogie durch die Gewissenhaftigkeit der Ausarbeitung, durch klaren metodischen Vortrag aus und verdient deshalb unserer Ansicht nach die Verbreitung in unseren (Warschauer) mittleren Lehranstalten und wir hegen die Hoffnung, der geschätzte Autor wolle nach Erschöpfung dieser Ausgabe die lernende Jugend mit einer zweiten verbesserten ausstatten."

* Die Werke Długosz', deren Ausgabe auf Bemühung des Grafen Alex. Przeździecki bekanntlich hier vorbereitet wird, soll im Stich das Bild Długosz' zieren, angefertigt nach dem im Besitz des hiesigen Domcapitels befindlichen und dem Publicum aus der früheren archäologischen Ausstellung bekannten Portraits des Historikers. Der bisherigen Seltenheit eines Długosz'schen Bildnisses hilft die Photographie ab, durch welche Herr Zajączkowski dasselbe vervielfältigt. Lichtbilder desselben haben wir in der früheren Kunstausstellung gesehen, in der heurigen wird, wie wir hören, Matejko's Gemälde „Kazanie sejmowe Skargi", das gegenwärtig in der Pariser Weltausstellung exponirt, in gelungenem Lichtbild durch den neu hier etablirten Photographen H. Maleszewski, der sich in seiner Kunst durch langjährige Praxis in London vervollkommnet, zur Ansicht kommen.

* Der „Czas"-Recensent schließt seinen Bericht über das letzte Concert der Liedertafel mit den Worten: „Nur schade, daß das polnische Publicum keine polnischen Programme hatte, woran in solchen Fällen die Concert-Veranstalter denken sollten." So viel wir wissen, war das Programm auf den Affichen polnisch, den Abends von den Concertgebern an die Gäste vertheilten Programmen war auch noch der Text der „Walpurgisnacht" beigefügt, damit die Zuhörer der deutsch gesungenen „Ballade" aufmerksam folgen könnten. Dem „Czas" zufolge hätte demnach eine polnische Uebersetzung dieses Gedichtes dem Programm beigeschlossen werden sollen. Die einzige Schwierigkeit wäre nur die, eine des klassischen Originals würdige klassische Uebersetzung zu liefern. Selbst der große Kritikus des „Czas" stolpert schon über den Titel. Er übersetzte in der Ankündigung: „pierwsza noc Walpurgi" (sic!) — die erste Nacht der Walpurgis!!! und heute in der Concertrecension: „pierwsza noc Walpurgowa". Was wäre aus den Menschenwölfen und Drachenweibern geworden, vollends gar aus den dumpfen Pfaffenchristen. Der „Czas" liefre erst den Beweis, daß eine gute Uebersetzung möglich ist; ehe er tadelt, daß eine Uebersetzung gefehlt hat, bringe er eine die nicht gefehlt ist. Die Hauptsache ist jedoch die, daß außer dem „Czas"-Referenten wohl Niemand im Ernst daran denkt oder gedacht hat, ein solches Ansinnen zu stellen.

* Wie wir bereits erwähnt, war an den Inspector des botanischen Gartens Hrn. Joseph Warszewicz die ehrenvolle Aufforderung ergangen, an der am 15. April unter dem Patronat der Königin von Holland zu eröffnenden allgemeinen Blumen-Ausstellung in Amsterdam als einer der Schiedsrichter theilzunehmen und zwar hatte die Einladung an ihn der Thronfolger Prinz von Oranien als Ehrenpräsident der Commission gerichtet. Hr. Warszewicz, dessen Ruf in der naturwissenschaftlichen Welt seit lange festgestellt und durch diesen Ruf nach Amsterdam einen neuen Lustre erhält, reist dieser Tage dorthin ab, um in der bei dieser Gelegenheit zugleich abzuhaltenden Versammlung von Botanikern und Gärtnern seine Ansichten über den Anbau der Sassaparille, Cichorie und des weißen Balsams, sowie über die Art der Einführung dieser Pflanzen und ihrer Verbreitung im holländischen Indien, welches er wie fast die ganze Erdkugel in langen Reisen kennen gelernt, darzulegen.

* Die an der hiesigen Marienkirche stehende Brüderschaft vom Altar des wunderthätigen Christusbildes (des gewöhnlich „Chrystus miłosierny" genannten Bildes am linken Seitenaltar), besorgt um die Erhaltung dieses Altars aus alten Zeiten, hat für die Restaurirung desselben einen Fond aufgebracht. Dieselbe soll unter der umsichtigen Controlle des Conservators der Denkmäler und des Kirchenvorstandes vorgenommen werden.

α In Dobczyce, Bochniaer Kreises, unweit der Krakau-Lemberger Eisenbahn-Linie wurden der „Gaz. nar." zufolge, reichhaltige Steinlager entdeckt. Die Gattung der Steine ist in Hinsicht der Härte, Spaltbarkeit und Farbe den Trembowlaer Steinen sehr ähnlich, die auch in Wien gesucht wurden.

* Bei der am 25. d. in Lemberg abgehaltenen populären Versammlung sprach Herr Director Pańkowski über die Gährungschemie, speciell über Bierbräuerei, und Herr Professor Dr. Staniecki über Dampfmaschinen, wobei ein geheiztes Dampfmaschinen-Modell arbeitete und u. A. auch eine Dampfsäge und ein Dampfhammer im Modelle vorgezeigt wurde. Die Vorlesung war ebenso zahlreich besucht, wie die darauf folgende am 26. l. M., bei welcher Hr. Ingenieur Wierzbicki über das Bau- und Werkholz, dessen Imprägnirung und Verwendung sprach und eine Menge Modelle darunter auch Dachstühle vorwies. Nach ihm sprach Hr. Professor Tyniecki über Metalloide, namentlich über Kalium, Natrium, Kalcium, Aluminium, zeigte die bezüglichen Mineralien vor und machte mehrere interessante Versuche. Sämmtliche vorgewiesenen Modelle und Mineralien waren wie gewöhnlich vom Herrn Akademie-Director Reisinger zur Verfügung gestellt worden. In der am 2. April abzuhaltenden Vorlesung werden die Herren Rudnyński und Pańkowski ihre Vorträge über Nationalökonomie und Gährungs-Chemie (speciell über Spiritus-Fabrication) fortsetzen und am 9. April Herr Prof. Strzelecki den Cyklus mit interessanten elektrischen Versuchen enden. Hoffen wir, schreibt die „Lemb. Ztg.", daß der ausgestreute Saame auf fruchtbaren Boden gefallen ist und sich die realen Wissenschaften hierlands endlich auch unter dem großen Publicum Bahn gebrochen haben und unseren Ackerbau und Industrie heben und auch der Literatur eine praktische Richtung gegeben werden. Mit Poesien und Novellen ist dem Lande ebenso wenig gedient, wie mit Schmerzensschreien und trostlosen Klagen, wobei man die Hände in den Schoß sinken läßt und das von Andern erwartet, was man selbst thun sollte.

α Aus dem Fonds des verstorbenen Maciąg, dessen Curator Dr. Smolka ist, erhielten Stipendien folgende Zöglinge der agronomischen Schule in Dublany: Julian Strzyżowski in der 3. Classe 300 fl., Philipp Kahane 300 fl., Leopold Masiuk 200 fl., Leonhard Brokl 200 fl. und Arthur Strzetelski 150 fl., alle in der 1. Classe.

α Die ersten Störche — Quartiermeister des Frühlings — symphatische Verkündiger einer schöneren Zeit, sprachen am 27. d. in Lemberg ein.

α Im Lemberger polnischen Theater gehen heute (29.) zum Benefiz des Schauspielers Vincenz Rapacki außer Fredro's Lustspiel „Nörgelei und Widerspruch" Friedrich Schiller's „Wallensteins Lager" und „die Geschwister" von Göthe in Scene.

α Der Ausschuß des Lemberger Wohlthätigkeitsvereins bringt zur öffentlichen Kenntniß, daß die Einnahme aus der am 23. Februar d. J. stattgefundenen Pfandlotterie, verbunden mit einem Maskenballe zum Besten des Waiseninstituts zu St. Helena, einer Stiftung der Fürstin Helene Poniúska, nach Abzug der Kosten 2313 fl. 25 kr. ö. W. betragen hat. Der Ausschuß dankt herzlich den Frauen, die sich der Einrichtung der genannten Lotterie unterzogen, und allen Denen, die seine wohlthätigen Absichten unterstützt haben.

* Der erste allgemeine Beamten-Verein der österreichischen Monarchie für gegenseitige Krankengeld- und Lebensversicherungen, dessen Statuten das h. Staatsministerium bereits bewilligt hat, zählt bis zur Stunde, wo der Verein seine eigentliche Wirksamkeit noch nicht begonnen, über 4000 wirkliche Mitglieder und sind an den entferntesten Enden der Monarchie bereits Ausschüsse thätig, um dem Vereine möglichst zahlreiche Theilnehmer zuzuführen. In Lemberg allein zählt der Verein, wie die „Lemb. Ztg." meldet, schon 100 Mitglieder.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

— [Stand der im Umlaufe befindlichen Münzscheine.] Der Gesammtbetrag der zu Ende Februar 1865 im Umlaufe befindlichen Münzscheine bestand in 3,140.896 fl.

— [Umbau und Vergrößerung des Olmützer Bahnhofes.] Die Nord- und Staatsbahn-Gesellschaft haben sich über einen dem Ministerium zur Genehmigung vorgelegten Plan geeinigt, nach welchem die Station Olmütz umgebaut werden soll. Die Vergrößerung des Bahnhofes in Olmütz stößt aber, wie man dem „T. a. B." schreibt, auf dieselben Schwierigkeiten, wie die des Prager Bahnhofes, indem von der Fortification Einsprache dagegen erhoben wird. Der General-Director-Stellvertreter der Staatsbahn-Gesellschaft, Ritter v. Engerth, war vor Kurzem in Brünn bei dem Landes-Commandanten, um die Auflassung der obwaltenden Anstände von Seite der Militärbehörde zu erwirken; sein Ersuchen ging namentlich dahin, daß die Gesellschaften bezüglich des bedeutend großen Aufnahms-Gebäudes „nicht genöthigt werden, einen Revers darüber auszustellen, dasselbe auf Verlangen des Festungs-Commandos abzubrechen." Die Enlösung der zum Bau nöthigen Gründe hat bereits stattgefunden; die Arbeit dürfte Anfangs April beginnen. Das Aufnahmsgebäude der Station wird eine Länge von circa 60 Klftr. haben, von beiden Gesellschaften gemeinschaftlich gebaut und benützt werden. Die Kosten dieses Gebäudes sollen sich auf 300.000 fl. belaufen.

— Ueber den Verkauf von Staatsdomainen, schreib das „Fremdenbl." werden zu Ende dieses Monats die Unterhandlungen wieder mit erneuertem Eifer aufgenommen werden. Am 29. d. sollen nämlich die Mandatare des Berliner Consortiums hier eintreffen, um Namens der deutschen Bankiers, welche das Domänengeschäft übernehmen wollen, mit dem Finanzminister zu unterhandeln. Auch Herr Legrand Dumonceau wird hier erwartet. Die Unterhandlungen mit dem Consortium Faber-Credit-Anstalt sind ebenfalls noch nicht abgebrochen.

— [Der stärkste Säuerling Europa's.] Als solcher ist jener von Borssek in Siebenbürgen bekannt. Der gegenwärtige Pächter von Borssek, ein Israelite, hat, wie die „Herm. Ztg." meldet, bereits eine Million Flaschen des Säuerlings nach England abgesetzt so zwar, daß seine Glashütten nicht mehr für den Bedarf an Flaschen ausreichen. Der Aufschwung des Exportes des berühmten Säuerlings ist ganz speziell für das industriearme Siebenbürgen zu wünschen.

— Das Project, eine Eisenbahn zwischen Poti und Tiflis zu bauen, soll, der Zeitschrift „Kaukas" zufolge, genehmigt worden sein. Mit dieser Nachricht hängt die andere desselben Blattes zusammen, daß um den Transitoverkehr im Kaukasus zu heben, zwei neue Wege geöffnet wurden; der eine von Tiflis nach Baku und dem kaspischen See, der andere von Orpiri über Achalcich, Alexandropol und Eriwan für den Transito nach der Türkei und Persien, deren Gränzen berührt werden.

Berlin, 27. März. Böhmische Westbahn 73. — Galiz. 98. — Staatsb. 117. — Freiw. Anlehen 102. — 5% Met. 64½. — Nat.-Anl. 70⅝. — Credit-Lose 78. — 1860er-Lose 84⅞. — 1864er Lose 53⅜. — 1864er Silber-Anl. 74½. — Credit-Actien 83¼ — Wien —.

Frankfurt, 27. März. 5perc. Met. 62⅛. — Anlehen vom Jahre 1859 78⅜. — Wien 106⅜. — Bankactien 849. — 1854er Lose 77½. — Nat.-Anlehen 68⅝. — Credit-Actien 194½. — 1860er Lose 84⅞. — 1864er Lose 94½. — Staatsbahn —. — 1864er Silber Anl. 74¾. — American. 56⅞.

Hamburg, 27. März. Credit-Actien 81⅞. — Nat.-Anl. 69¼. — 1860er Lose 83½. — Ruff. Anl. 83⅜. — Wien —.

Paris, 27. März. Schlußcourse: 3percent. Rente 67.45. — 4½perc. 96. — Staatsbahn 436. — Credit-Mobilier 870. — Lomb. 543. — Oest. 1860er Lose —.—. — Piem. Rente 64.85. — Consols mit 89¼ gemeldet.

Wien, 28. März, Abends. [Czas.] Nordbahn 1767. — Credit-Actien 182.30. — 1860er Lose 93.55. — 1864er Lose 87.75.

Paris, 28. März. 3% Rente 67.45.

Lemberg, 27. März. [L. Z.] Vom heutigen Getreidemarkte notiren wir in Durchschnittspreisen: Ein Metzen Weizen (80 Pfd.) 2.71 — Korn (75 Pf.) 1.46 — Gerste (67 Pf.) 1.48 — Hafer (46 Pfund) 1.12 — Haiden 1.84 — Erbsen —.—. — 1 Cent Heu 1.30 — Schabstroh 52 kr. — Futterstroh — kr. — Buchenholz per Klafter 10 fl. 90 kr. — Kieferholz 8 fl. 60 kr. Der Verkauf im Kleinen ohne Preisveränderung.

Lemberg, 27. März. Holländer Dukaten 5.18 Geld, 5.24½ Waare. — Kaiserliche Dukaten 5 20 Geld, 5.25 W. — Russischer halber Imperial 9.04½ G., 9.16 W. — Ruff. Silber-Rubel ein Stück 1.72 G., 1.75 W. — Russischer Papier-Rubel ein Stück 1.47½ G., 1.49½ W. — Preußischer Courant-Thaler ein Stück 1 63½ G., 1.65½ W. — Gal. Pfandbriefe in östr. W. ohne Coup. 71 22 G., 71 92 W. — Gal. Pfandbriefe in C.-M. ohne Coup. 74.77 G., 75.50 W. — Galiz. Grundentlastungs-Obligationen ohne Coup. 73 65 G., 74 23 W. — National-Anlehen ohne Coup. 77 44 G. 78.06 W. — Galiz. Karl Ludwigs-Eisenbahn-Actien 214.75 G. 217.13 W.

Krakauer Cours am 28. März. Altes polnisches Silber für fl. 100 fl. p. 112 verl., 109 bez. — Vollwichtiges neues Silber für fl. p. 100 fl. p. 121 verl. 118 gez. — Poln. Pfandbriefe mit Coupons fl. p. 100 fl. pol. 95 verlangt, 94 bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. öst. W. fl. poln. 457 verl., 449 bez, — Russische Silberrubel für 100 Rubel fl. österr. W. 148 verl., 145 bez. — Preuß. oder Vereinsthaler für 100 Thaler fl ö. W. 165 verl, 163 bez. — Preuß. Cour. für 150 fl. öst. W. Thaler 92 verl., 91 bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. 109 verl., 108 bez. — Vollwicht. österr. Rand-Dukaten fl. 5.26 verl., 5.16 bez. — Vollwichtige holländ. Dukaten fl. 5.26 verl., 5.16 bez. — Napoleondors fl. 8 90 verl., fl. 8.75 bez. — Russische Imperials fl. 9.15 verl., fl. 9 — bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in ö. W. 72⅔ verl. 71⅓ bez. — Galiz. Pfandbiefe nebst laufenden Coupons in C.-Mze. fl. 76¼ verl. 75⅛ bez ver. Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währung fl. 76.50 —. 75.50 bez. — Actien der Carl Ludwig-Bahn, ohne Coupons fl. östr. Währ. 216.— verl., 213.— bez.

Krakau, 28. März. Die heutigen Durchschnittspreise waren (in fl. österr. W.): Ein Metzen Weizen 2 37½ — Roggen 2.30 — Gerste 2.7½ — Hafer 1.35 — Erbsen —.— — Bohnen —.— Hirse —.— — Buchweizen —.— — Kukurutz —.— — Erdäpfel 1.60. — Eine Klafter hartes Holz —.- weiches —.— — Futterklee ein Zentner —.— — Heu 1.— — Stroh — 75.

Neueste Nachrichten.

Wien, 28. März. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Generaldebatte über das Budget von 1865 geschlossen. Die Minister Plener und Schmerling vertheidigen die Regierung gegen die erhobenen Vorwürfe. Der Staatsminister erklärt: Die Regierung ebenso wie das Haus stimmen darin überein, daß möglichst große Ersparnisse einzuführen sind, eine Differenz zwischen ihnen besteht nur in Betreff der Ziffern. In der Beschließung einer größeren oder kleineren Ziffer kann kein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum liegen, denn die Regierung kann bei der genauen Specificirung des Budgets, wie es hier der Fall ist, das Geld nicht anders verwenden, als nur so, wie es die Beschlüsse ausgesprochen. Die Regierung ist sich dessen bewußt, Der Minister will kurz erwähnen, wo gefehlt wird und wo die Regierung angeblich Fehler begehe. In der äußeren Politik verlangt man von der Regierung Entschiedenheit, feste Haltung und andererseits werden fortwährend Stimmen laut, Oesterreich müsse sich jeglichen activen Auftretens enthalten, sei ein gesunkener, creditloser Staat und solche Stimmen sind nicht geeignet die Stellung Oesterreichs im Ausland zu befestigen. Nie hat man während des constitutionellen Kampfes in Preußen gehört, daß das Abgeordneten-Haus der Regierung gerathen hätte, Preußen solle der Stellung einer Großmacht entsagen. — Die Regierung hegt nicht die sanguinische Hoffnung, daß schon der erste ungarische Landtag die Verfassungs-Frage lösen und Abgeordnete in den Reichsrath schicken werde, sie glaubt jedoch bei ruhigem Vorgehen die Frage endlich der Lösung zuführen zu können. Alle Vorbereitungen zur Einberufung des ungarischen Landtages sind bereits getroffen. Von der Beschleunigung der Arbeiten des allgemeinen Reichsrathes hängt die Zeit der Berufung des ungarischen Landtages ab. Der Regierung kommt es nicht in den Sinn in Ungarn eine Octroyirung vorzunehmen. Der Weg der constitutionellen Gesetzgebung pflegt stets lang zu sein. Die im engern Reichsrath eingebrachten Regierungsvorlagen gestatten die Ueberzeugung, daß die Regierung sich die Ausbildung der constitutionellen Einrichtungen angelegen sein lasse. In Betreff der financiellen Verhältnisse erwähnt der Staatsminister: Die Abstriche allein sind keineswegs Abhülfsmittel. Das Haus möge einen Ausweg vorschlagen, aber nicht fortwährend wiederholen, daß nicht mehr zu helfen sei. Das constitutionelle Leben kann nur dann bestehen, wenn ein harmonisches Zusammenwirken zwischen den Vertretern des Landes und der Regierung besteht. Beide sind keine sich gegenüberstehende Parteien, denn beide streben das Wohl des Landes an wenn auch mit verschiedenen Mitteln, abgesehen von der Frage ob in Oesterreich ein streng parlamentarisches Regime denkbar und ob es möglich sei mit einem stets der Majorität entnommenen Ministerium zu regieren. In diesem Hause sehe ich keine geschlossene Partei mit klar vorgezeichnetem Programm, die in seinem Schooß Männer besäße, welche die Verwaltung weiter zu führen im Stande wären. Deshalb glauben die Minister es im vollen Einklang mit Ehre und Gewissen, ungeachtet einiger gegen sie gefaßten Beschlüsse dem Kaiser weiter zu dienen. Schließlich erinnert Herr Minister Schmerling die Anhänger der Regierung daran, sich ähnlich in geschlossener Reihe zu halten wie die Opposition und schließt seine Rede mit der Versicherung, der Wahlspruch der Regierung sei: „Treue dem Kaiser, Treue der Verfassung, aber ebenso Treue in Ausübung der Pflichten" (Beifall). Nächste Sitzung morgen.

München, 28. März. Die „Bairische Zeitung" meldet: Mit Preußen, welches die Verweisung des in der gestrigen Bundesversammlung eingebrachten bairisch-sächsischen Antrages an einen Ausschuß verlangte, stimmten Hannover, Kurhessen, Mecklenburg, die 15. und 17. Curie.

Bukarest, 26. März. Der bekannte Wasserbau-Ingenieur Harley von der Donau-Commission soll hieher berufen werden, um einen Plan für die aus Anlaß der letzten Ueberschwemmung als nothwendig erkannten Wasserbauten zu entwerfen.

New-York, 16. März (Abends). Die Besetzung Fayetteville's durch Sherman wird bestätigt, derselbe rückt nördlich vor. Shofield besetzte Kingston. Sheridan zerstört die Eisenbahnen nach Lynchburg. Man versichert, Sheridan stehe 20 Meilen von Richmond entfernt. Die Räumung dieses letzteren wird erwartet. Der Präsident der Südstaaten Davis kündigt an, er habe dem Congresse eine Mittheilung zu machen, und vertagte den Schluß. Man glaubt, die Regierung der Nordstaaten werde die Zahlung der Maicoupons der $^5/_{20}$ Bonds anticipiren.

Wechselcurs auf London 188¼, Goldagio 65¾, Baumwolle 65, Bonds 109¾.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Amtsblatt.

Kundmachung. (296. 1)

Erkenntniß.

Das k. k. Landesgericht Wien in Strafsachen hat kraft der ihm von Sr. k. k. Apost. Majestät verliehenen Amtsgewalt erkannt:

Der Inhalt des in Nr. 102 der „Neuen freien Presse" am 11. Dezember 1864 enthaltenen Leitartikels: „Wien, 10. Dezember" begründet den Thatbestand des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe, strafbar nach § 65 lit. b. St. G. B. und wird nach § 36 des P. G. die weitere Verbreitung dieses Aufsatzes verboten.

Vom k. k. Landesgerichte in Strafsachen.

Wien, 25. Jänner 1865.

Nr. 7922. **Kundmachung.** (287. 2-3)

Der Krankheitscharakter des Monats Februar unterschied sich bloß durch größere Intensität von dem im Jänner bestandenen, indem sich die katarrhalischen Entzündungen zu phlegmonoesen steigerten, die vorzüglich die Lungen und Gedärme befielen. Der Croup verlief bösartig, milder der Scharlach und die Masern; Blattern und Typhus kamen vereinzelt vor.

In den hierortigen Spitälern wurden 622 Kranke verpflegt, von denen 212 genasen, 22 ungeheilt entlassen wurden, 46 starben und 342 in fernerer Heilpflege verblieben.

Die hierstädtischen Todtenlisten weisen 153 im Februar Verstorbene nach, von denen 119 der christlichen und 34 der israelitischen Bevölkerung angehörten.

Krakau, 18. März 1865.

L. 5426. **Edykt.** (293. 1-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Mieczysława Paszkowskiego i p. Annę Paszkowską, że przeciw nim p. Jakób Herschl Bauminger pod dniem 18 marca 1865 do l. 5426 wniósł pozew o wydanie nakazu sumy wekslowéj w kwocie 500 złr. w. a. z wekslu ddto. Kraków 22 grudnia 1862; w załatwieniu tegóż pozwu wydany został nakaz zapłaty powyższéj sumy wekslowéj w kwocie 500 złr. w. a. z przyn. w trzech dniach pod rygorem egzekucyi wekslowéj.

Gdy miejsce pobytu pozwanych p. Mieczysława Paszkowskiego i p. Anny Paszkowskiéj jest niewiadomém, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanych, równie na koszt i niebespieczeństwo ich tutejszego adwokata p. Dra. Rydzowskiego z podstawieniem jako substytuta p. Dra. Rosenblatta kuratorem nieobecnych ustanowił, któremu ów nakaz zapłaty doręczonym został.

Kraków, 20 marca 1865.

L. 2125. **Obwieszczenie.** (297. 1-3)

Ces. kr. Sąd obwodowy Tarnowski spadkobiercom Mateusza i Emilii małżonków Lisikiewiczów, jako to: Eufemii Lisikiewiczowéj, Antoniemu, Eustachemu i Włodzimierzowi Lisikiewiczom z życia i miejsca pobytu niewiadomym, a w razie ich śmierci, tychże z imienia, nazwiska, życia i miejsca pobytu niewiadomym spadkobiercom niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż p. Joanna z Jordanów Dąbska, przeciw tymże względem wymazania sumy 200 złr. m. k. z przyn. na ich rzecz w stanie biernym 7/8 części dóbr Zakrzów zaintabulowanéj, sub praes. 9 lutego 1865 l. 2125 skargę wniosła i o pomoc sądową prosiła, w skutek czego termin na 22 czerwca 1865 o godzinie 10 zrana do ustnéj rozprawy wyznaczony jest.

Ponieważ pobyt zapozwanych nie jest wiadomym, przeto przeznaczył tutejszy Sąd dla zastępstwa na koszt i niebezpieczeństwo zapozwanych tutejszego adw. p. Dr. Bandrowskiego z zastępstwem p. adw. Dra. Jarockiego na kuratora, z którym wniesiony spór według ustawy cywilnéj dla Galicyi przepisanéj przeprowadzonym będzie.

Tym edyktem przypomina się zapozwanym, ażeby w przeznaczonym czasie albo się sami osobiście stawili, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielili, lub téż innego obrońcę obrali i tutejszemu Sądowi oznajmili, ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użyli, inaczéj z ich opóźnienia wynikające skutki sami sobie przypisaćby musieli.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów dnia 9 marca 1865.

L. 13109 ex 1864. **Edykt.** (292. 1-3)

C. k. Sąd obwodowy w Tarnowie czyni niniejszém wiadomo, iż w celu sprzedaży 1/5 części p. Bolesł. Goławskiemu i p. Klementynie Kozieradzkiéj należącéj dóbr Gorzejowa górna i średnia, dla ściągnięcia należytości wekslowéj Franciszka Ksawerego Zassowskiego p. 5250 złr. a. w. wraz z 6% procentami od dnia 1 kwietnia 1858, kosztów sądowych i egzekucyjnych p. 3 złr. 30 kr. m. k., 11 złr. m. k., 134 złr. 13 kr. w. a., 59 złr. 48 kr. a. w., 103 złr. 66 kr. w. a. i teraźniejszych likwidowanych kosztów egzekucyjnych p. 53 złr. 6 kr. a. w. wyznacza się termin 4ty na 25 kwietnia 1865, na 10 godzinę przed poł. z tém nadmienieniem, iż na tymże ta część dóbr także i niżéj wartości szacunkowéj z tą odmianą warunków licytacyjnych do l. 610 ex 1864, iż za cenę wywołania stanowi się sądownie oznaczona wartość szacunkowe 1/5 części tych dóbr w kwocie 5685 złr. 50 2/5 kr. w. a., gdyby zaś nikt téj ceny nie ofiarował, wtedy ta część sprzedaną będzie i poniżéj ceny szacunkowéj za sumę, jaką ktokolwiek ofiaruje.

Wadyum może być złożone także w książeczkach kasy oszczędności Lwowskiéj lub Tarnowskiéj.

Trzecią część kupna najwięcéj ofiarujący może w książeczkach kasy oszczędności Lwowskiéj lub Tarnowskiéj do depozytu złożyć, a cała trzecia część licytacyjnéj ceny kupna, o ileby nie była złożona w książeczkach kasy oszczędności Lwowskiéj lub Tarnowskiéj lecz w gotówce ulokowaną będzie w Tarnowskiéj kasie oszczędności.

Reszta warunków licytacyjnych według uchwały tutejszo-sądowéj z dnia 17 lutego 1864 l. 610 zostają niezmienione, i mogą być tak jak i akt szacunkowy i ekstrakt tabularny w tutejszo-sądowéj registraturze przejrzane.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 1 marca 1865.

N. 627. **Edict.** (286. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte in Maków wird dem Herrn Peter Preiser, Sachwalter bei der Holzwaarenfabrik in Zawoja in Galizien mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider ihn der herrschaftliche Rentmeister Johann Rudel in Maków auf Zahlung einer Summe pr. 200 fl. ö. W. sammt Nebengebühren sub praes. 20. Jänner 1865 Z. 160 eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, — worüber zur summarischen Verhandlung dieser Angelegenheit der Termin auf den 6. Mai 1865 um 9 Uhr Vormittags hiergerichts bestimmt wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten Peter Preiser nicht bekannt ist, so hat das k. k. Bezirksamt als Gericht zu Maków behufs Zustellung der obigen Klage und Vertretung des Belangten Peter Preiser auf dessen Gefahr und Kosten den k. k. Notar Herrn Eduard Skowroński aus Jordanów als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtssache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Bezirksgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben würde.

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte.

Maków, am 13. März 1865.

Nr. 3104. **Kundmachung.** (294. 1-3)

Am 16. April 1865 tritt in dem Orte Potok złoty eine k. k. Postexpedition ins Leben, welche sich mit dem Briefpostdienste und mit der postämtlichen Behandlung von Geld- und sonstigen Werthsendungen bis zum Einzelngewichte von 3 Pfund befassen und mit dem k. k. Postamte Buczacz mittelst täglicher Fußbotenposten mit unten stehender Coursordnung in Verbindung stehen wird.

Vom 1. April bis Ende September:
Von Potok złoty
täglich 5 Uhr Früh.
In Buczacz
täglich um 8 1/4 Uhr Früh.
Von Buczacz
täglich um 10 Uhr Vormittags.
In Potok złoty
täglich um 1 1/4 Uhr Nachmittags.
Vom 1. October bis Ende März:
Von Potok złoty
täglich um 5 3/4 Uhr Früh.
In Buczacz
täglich um 9 Uhr Früh.
Von Buczacz
täglich um 10 Uhr Vormittags. Anschluß an die Mallepost nach Lemberg.
In Potok złoty
täglich um 1 1/4 Uhr Nachmittags. Geht ab von Buczacz nach dem Eintreffen der Post aus Czortków.

Die Distanz zwischen Potok und Buczacz beträgt 2 1/2 Meilen.

Der Bestellungsbezirk dieser Postexpedition hat aus nachbenannten Orten zu bestehen: Rusiłow, Skomorochi, Kościelniki, Sokulec, Potok złoty, Hubin, Woziłow, Snowidow, Kozmierczyn, Sokołów und Ścianka.

Was hiemit veröffentlicht wird.

Von der k. k. galiz. Postdirection.

Lemberg, am 16. März 1865.

L. 555. **Edykt.** (295. 1-3)

C. k. miejsko delegowany Sąd powiatowy w Rzeszowie ogłasza, że w skutek wezwania c. k. Sądu obwodowego w Rzeszowie z dnia 9 września 1864 do l. 5117 i z dnia 1 lipca 1864 do l. 3819 odbędzie się uchwałą z dnia 7 lipca 1864 do l. 3818 i z dnia 1 lipca 1864 l. 3819 dozwolona publiczna sprzedaż włościańskiéj realności pod nr. 61 w Malawie, w obwodzie i powiecie Rzeszowskim położonéj, do Marcina Dziubka należącéj, z wyłączeniem części gruntów do Andrzeja Puca należących, a w protokóle zastawowego opisania z dnia 3 czerwca 1862 pod l. II, lit. a, b, c wyszczególnionych, na zaspokojenie należytości wekslowéj Mechla Rübenfelda w kwocie 400 złr. c. s. c. i 55 złr. w. a. c. s. c. pod następującemi warunkami:

1. Za cenę wywołania ustanawia się wartość szacunkowa w kwocie 1800 złr. w. a. z wyraźném zastrzeżeniem, że wyż wspomniona posiadłość w pierwszych trzech terminach niżéj ceny szacunkowéj sprzedaną nie będzie.
2. Sprzedaż odbędzie się w tutejszym Sądzie na dniu 26 kwietnia, 15 i 30 maja 1865 zawsze o godzinie 10 rano, a chęć kupienia mający winni są złożyć wadyum w kwocie 200 złr. w. a. w gotówce, lub w listach zastawnych galicyjskich według kursu z ostatniego dnia przed licytacyą.
3. Warunki licytacyi i protokół zastawowego opisania i oszacowania sprzedać się mającéj posiadłości w registraturze tutejszo-sądowéj przejrzeć można.

Rzeszów, 31 stycznia 1865.

N. 145. **Ogłoszenie konkursu** (278. 2-3)

celem obsadzenia jednego galicyjskiego miejsca funduszowego w c. k. Akademii Maryi Teresy w Wiedniu.

W skutek reskryptu c. k. Ministerstwa Stanu z dnia 17 lutego b. r. Wydział krajowy ogłasza niniejszém konkurs w celu obsadzenia jednego galicyjskiego miejsca funduszowego opróżnionego w c. k. akademii Maryi Teresy w Wiedniu.

Kto więc życzy sobie umieścić w téj akademii syna lub swéj opiece poruczonego młodzieńca, winien wnieść podanie do galicyjskiego Wydziału krajowego najdaléj do 15 maja 1865 z dołączeniem deklaracyi, że młodzieńcowi temu, gdy do pomienionéj akademii przyjętym będzie, pierwsze oporządzenie sprawić i na uboczne wydatki corocznie po 157 złr. 50 kr. w. a. do kasy akademickiej płacić obowiązuje się.

Do prośby należy dołączyć:

1. metrykę chrztu młodzieńca należycie legalizowaną, okazującą, iż tenże 8 rok życia skończył a 14 nie przeszedł;
2. świadectwo szkolne ostatnie w dowód, że według teraźniejszego urządzenia szkół przynajmniéj 3 normalną klasę z dobrym ukończył postępem, a jeźli prywatnie oddaje się naukom, także świadectwo obyczajów, przez miejscowego plebana wydane;
3. świadectwo zdrowia i odbytéj naturalnéj lub szczepionéj ospy; nakoniec
4. zaświadczenie o stanie majątku przez miejscowego plebana wydane, a przez c. k. Urząd obwodowy stwierdzone, w którém ma być wyrażono, ile aspirant ma rodzeństwa, jako téż i ta okoliczność, iż proszący do ich przyzwoitego wychowania potrzebuje pomocy.

Spis rzeczy, jakie wstępujący do akademii ze sobą przynieść winien, można przejrzéć w archiwum Wydziału krajowego.

Wreszcie zwraca się uwagę kompetentów na ogłoszenie c. k. ministerstwa stanu z dnia 16 czerwca 1864, wedle którego podania wnoszone do c. k. ministerstwa stanu w drodze innéj, aniżeli konkursem wskazanéj, równie jak prośby bez wyrażenia pewnego opróżnionego miejsca, zostaną zwrócone bez żadnego skutku.

Z Rady Wydziału krajowego Królestwa Galicyi i Lodomeryi i Wielkiego Księstwa Krakowskiego.

Lwów, dnia 8 marca 1865.

Z. 1030. **Concurs-Kundmachung.** (285. 3)

Zu besetzen ist die bei der k. k. Salinen- und Berg-Verwaltung in Bochnia in Erledigung gekommene Visitations-Beamtens- und Schichtenschreiberstelle in der XI. Diäten-Classe, dem Gehalte jährlicher 472 fl. 50 kr. ö. W., einem Naturalquartier und systemmäßigen Salzbezuge jährlicher 15 Pf. pr. Familienkopf.

Bewerber um diese Stelle haben ihre gehörig documentirten Gesuche unter Nachweisung des Alters, Standes, Religionsbekenntnisses, des sittlichen und politischen Wohlverhaltens, der bisherigen Dienstleistung, der Kenntniß einer slavischen, vorzugsweise der polnischen Sprache, Uebung im Rechnungsfache und einer gesunden Körper-Construction, ob und in welchem Grade sie mit Beamten des Wieliczkaer Directions-Bezirkes verwandt oder verschwägert sind, im Wege ihrer vorgesetzten Behörden bei dieser Direction binnen 6 Wochen einzubringen.

Von der k. k. Berg- und Salinen-Direction.

Wieliczka, den 21. März 1865.

Wiener Börse-Bericht

vom 27. März.

Offentliche Schuld.

A. Des Staates.	Geld	Waare
In Oestr. W. zu 5% für 100 fl.	66.90	67.—
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl. mit Zinsen vom Jänner — Juli	77.—	77.20
vom April — October	77.—	77.20
Metalliques zu 5% für 100 fl.	70.90	71.—
dtto „ 4 1/2% für 100 fl.	63.—	63.25
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	159.50	160.—
„ 1854 für 100 fl.	88.25	88.75
„ 1860 für 100 fl.	96.10	96.20
Prämienscheine vom Jahre 1864 zu 100 fl.	87.80	87.90
„ „ „ zu 50 fl.	87.80	87.90
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	17.75	18.25
B. Der Kronländer.		
Grundentlastungs-Obligationen		
von Nieder-Öster. zu 5% für 100 fl.	88.75	89.25
von Mähren zu 5% für 100 fl.	88.—	89.—
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	90.—	91.—
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	89.50	90.50
von Tirol zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	88.50	92.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	74.50	75.—
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl.	72.75	73.25
von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	74.50	75.—
von Galizien zu 5% für 100 fl.	73.80	74.20
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	70.25	70.75
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	71.—	72.—
Actien (pr. St.)		
der Nationalbank	794.—	796.—
der Credit-Anstalt zu 200 fl. östr. W.	182.50	182.60
der Niederöst. Escompte-Gesellſ. zu 500 fl. ö. W.	581.—	583.—
der Kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. C.M.	1770.	1773.
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	191.70	191.90
der vereinigten südöster. lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. östr. W. oder 500 Fr.	238.—	240.—
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM.	133.75	134.—
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM.	213.—	213.25
der Lemberg-Czernowitzer Eisenb.-Ges. zu 200 fl. ö. W. in Silber (20 Pf. St.) mit 35% Einz.	57.50	58.50
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W.	160.50	161.—
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM.	122.50	122.75
der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.—	147.—
der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	478.—	479.—
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM.	233.—	235.—
der Wiener Dampfmühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. östr. W.	405.—	410.—
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. CM.	370.—	375.—
Pfandbriefe		
der Nationalbank auf C.-M. 10jährig zu 5% für 100 fl.	102.—	102.25
verlosbar zu 5% für 100 fl.	91.—	91.30
auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	86.75	86.85
Galiz. Credit-Anstalt östr. W. zu 4% für 100 fl.	71.—	71.50
Lose		
der Credit-Anstalt zu 100 fl. östr. W.	127.80	128.—
Donau-Dampfsch.-Gesellschaft zu 100 fl. CM.	86.—	86.50
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. CM.	113.50	114.—
„ „ „ zu 50 fl. CM.	48.75	49.25
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. östr. W.	27.—	27.50
Esterhazy zu 40 fl. CM.	113.50	114.50
Salm zu 40 fl. „	31.—	31.50
Palffy zu 40 fl. „	27.—	27.50
Clary zu 40 fl. „	27.—	27.50
St. Genois zu 40 fl. „	27.—	27.50
Windischgrätz zu 20 fl. „	18.—	18.30
Waldstein zu 20 fl. „	19.50	20.—
Keglevich zu 10 fl. „	14.75	15.25
K. k. Hoffpitalfond zu 10 fl. österr. Währ.	12.25	12.50
Wechsel. 3 Monate.		
Bank- (Platz-) Sconto		
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 4 1/2%	92.75	92.85
Frankfurt a. M., für 100 fl. süddeut. Währ. 3 1/2%	93.—	93.—
Hamburg, für 100 M. B. 2%	82.75	82.85
London, für 10 Pf. Sterl. 4 1/2%	110.90	111.—
Paris, für 100 Francs 3 1/2%	44.—	44.—

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours fl.	kr.	fl.	kr.	Letzter Cours fl.	kr.	fl.	kr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	—	—	—	—	5	22	5	23
„ vollw. Dukaten	—	—	—	—	5	22	5	23
Krone	—	—	—	—	15	20	15	25
20 Francstücke	—	—	—	—	8	85	8	86
Russische Imperiale	—	—	—	—	9	05	9	10
Silber	—	—	—	—	109	—	109	25

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres

Abgang

von **Krakau** nach Wien 7 Uhr Früh, 3 Uhr 30 Min. Nachm. — nach Breslau, nach Ostrau und über Oderberg nach Preußen und nach Warschau 8 Uhr Vormittags; — nach Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 30 Minuten Abends; — nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.

von **Wien** nach Krakau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von **Ostrau** nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

von **Lemberg** nach Krakau 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft

in **Krakau** von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min Abends; — von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 20 Min. Abends; — von Warschau 9 Uhr 45 Min. Früh; — von Ostrau über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Minut. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 15 Min. Früh, 2 Uhr 54 Min. Nachm.; — von Wieliczka 6 Uhr 20 Min. Abends. —

in **Lemberg** von Krakau 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Minuten Abends.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf in Paris. Linie 0° Reaum. red.	Temperatur nach Reaumur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe des Tages von	bis
28	2	325‴ 96	+ 5·1	69	Nord-Ost still	trüb	Nachm. u. Ab. Regen. Nachts Schnee. Niederschlagsmenge 1‴.44	+ 0°1	+ 5°5
	10	24 86	1,0	96	„ „	„			
29	6	23 54	— 0,1	98	„ „	„			

Druck und Verlag des **Carl Budweiser.**